
Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!

Arnulf Baring

„Die Mitte liegt ostwärts“

Deutschland ist 1990 in die Mitte Europas zurückgekehrt. Was heißt das? Zunächst und vor allem: Die alten Westbindungen bleiben zentral wichtig. Nach wie vor sind die USA außen- und sicherheitspolitisch unser Fundament. Aber daneben müssen wir uns als Deutsche darum bemühen, unsere Umgebung zu stabilisieren – in derem wie im eigenen Interesse. Seit Parlament und Regierung in Berlin sitzen, wird Ostmitteleuropa nach und nach besser wahrgenommen. Das ist unsere vordringliche Aufgabe. Die Oder, früher die Mitte der Monarchie, bildet nun unsere östliche Grenze. Die Polen sind nach den Franzosen unser größter, wichtigster Nachbar.

Weshalb sind so wenige bei uns neugierig, wie es dort und weiter östlich aussieht? Schon die Atlanten behandeln den Raum zwischen uns und den Russen stiefmütterlich. Hindert der verdrängte Schmerz über den Verlust vieler Gebiete, in denen die Deutschen einst zu Hause waren, ihre architektonischen Spuren hinterlassen haben – Kirchen, Burgen, Schlösser, Bürgerhäuser –, unsere sonst doch unbändige Reiselust? Ist es die Furcht, Landschaften zu betreten, die einst von Deutschen und Juden geprägt wurden? Die einen sind ermordet worden, die anderen hat man vertrieben. Was hindert uns, nach der Heimat von Paul Celan, Johannes Bobrowski oder Elias Canetti zu suchen? Warum

will so selten jemand von uns herausfinden, wie es in der Bukowina, in Siebenbürgen oder Galizien heute aussieht? Wer war schon auf dem Windenburger Leuchtturm, an der melancholischen Memel, in der Festung Chotin über dem ukrainischen Dnjestr, bei Thomas Mann auf der Kurischen Nehrung? Wer kennt den Domberg von Reval und die Tartlauer Kirchenburg? Wer sah den Flügelaltar der Söhne des Veit Stoß in der Stadtpfarrkirche des heute rumänischen Mühlberg? Wer besuchte das Jurewkloster mit der herrlichen Georgskathedrale am Ilmensee, dort, wo der Wolchow entspringt? Wenn noch immer nur wenige das ganz mittelalterliche Thorn oder, gleichfalls an der Weichsel, die alte Königsstadt Krakau kennen, obwohl doch beide Orte in unserer Nähe liegen, darf man sich nicht wundern, wenn ihnen die Kreml von Nowgorod oder Pleskau, dieser Hansestädte, nichts sagen. „Die Mitte liegt ostwärts“ war schon in den achtziger Jahren die Programmschrift des Historikers und Publizisten Karl Schlögel, der heute an der Viadrina lehrt. Mit vielen Essays hat er uns die landschaftlichen Schönheiten, den kulturellen Reichtum jener lange vergessenen Gebiete Europas neu vor Augen geführt, uns mit wachen jungen Intellektuellen dort bekannt gemacht. Was Johann Joachim Winckelmann im achtzehnten Jahrhundert für die Wiederentdeckung der Antike, den Beginn der Klassik bedeutete, muss Schlögel in unseren Tagen werden. Nur wenn wir uns das Verlorene neu vor Augen führen, innerlich aneignen, werden wir neu imstande sein, uns einen vernünftigen, fröhlichen Reim auf unsere alte, schwierige Mittellage zu machen. Das ist seit dem Umzug der Hauptstadt verstärkt die Aufgabe Deutschlands. Wir haben in der weiten Welt nicht viel zu bestellen. Unser vordringliches Tätigkeitsfeld liegt in Europa. In der EU verankert, müssen wir uns tatkräftig um die Stabilisierung Ostmitteleuropas bemühen.

Was bedeutet der Umzug sonst noch? Nicht nur gegen-

über Ostmitteleuropa brauchen wir ein neues, einfühlsames Bewusstsein unserer Rolle. Auch uns selbst sollten wir künftig besser wahrnehmen. Die Masse der Westdeutschen merkt erst, seit die Hauptstadt wieder Berlin ist, was sich 1990 ereignet hat. Seit dem Umzug wird erst ganz allmählich in Umrissen klar, was von der „Berliner Republik“ zu halten ist, von der man zeitweilig so viel hörte. Bisher kann man nicht sagen, dass Deutschland in seine eigene Mitte zurückgekehrt sei, sein inneres Gleichgewicht neu gefunden hätte.

Hauptstadt Berlin – „Berliner Republik“

Die erste Regierungserklärung Gerhard Schröders enthielt nur vage, unsichere Hinweise, was er sich unter einer „Republik der Neuen Mitte“ vorstellte, die von Berlin ausgehen sollte. Er pries das weltoffene Klima der Stadt, Berlin als Anziehungspunkt für Jugend und kulturelle Avantgarde, sah in Berlin eine „heitere und aufregende Stadt“ für jüngere Deutsche und Europäer, „die sie von Fußballspielen und der Love Parade her kennen. Auch und gerade an diese Traditionen“, sagte er, „werden wir anknüpfen, wenn wir Berlin zur Hauptstadt einer Republik der Neuen Mitte machen wollen.“

Schon 1998 war klar, dass das nicht reichen werde. Man muss sich offensichtlich gedanklich mehr anstrengen bei diesem Ortswechsel, der zugleich eine Rückkehr in unsere lange Geschichte ist, die man wieder so oder so in den Blick nehmen muss. Wer einen neuen Stil deutscher Politik entwickeln, sich offener, unbefangener, souveräner geben möchte als im kleinstädtisch zugeschnittenen Bonn, muss sich an einem hohen Anspruch messen lassen. Er muss mehr im Blick haben als die letzten fünfzig Jahre. Aber er darf gleichzeitig keinen Augenblick die Tugenden

vergessen, die der alten Bundesrepublik Respekt und Zustimmung der Welt eingetragen haben: die Bescheidenheit des Auftretens, den kooperativen Arbeitsstil, die Fähigkeit anderen zuzuhören, ihre Interessen wahrzunehmen, behutsam am Konsens mitzuwirken. Wenn sich der neue Stil Schröders, seine selbstbewusste Stillosigkeit auf Dauer durchgesetzt hätte, wäre die Substanz der Bundesrepublik verändert worden.

„Berliner Republik“ – das sind zwei Worte, die eine verbreitete, vage Erwartung spiegeln. Es fällt auf, dass immer weniger von der „Bundesrepublik“ die Rede ist, ihre Fünfzigjahrfeier 1999 nur müdes Interesse fand. Mehr und mehr wird von „Deutschland“, von der „Republik“ gesprochen. Auffällig viele junge Menschen – und nicht nur junge – blicken erwartungsvoll auf Berlin, ziehen dorthin. Medien, Zeitungen, Verlage rechnen mehr und mehr mit einer neuen Metropole, stellen sich auf sie ein. Diese breite, mächtige Erwartung ist in sich ein Element der Veränderung. Sie wird uns das Bestehende mit anderen Augen wahrnehmen lassen. Sie schafft eine Atmosphäre, in der Neues die Chance erhält, zum Thema zu werden, sich durchzusetzen. Bonn war immer untypisch für die Bundesrepublik, weil es bürgerlicher, gesetzter, provinzieller war als große Teile des Landes. Man bekam dort wenig von dem mit, was die Deutschen bewegte. Berlin ist der umgekehrte Fall – ein Brennspeigel, ein Erwartungshorizont, ein nationaler Durchlauferhitzer. Es ist materiell, finanziell schlechter beieinander als alle anderen deutschen Großstädte. Es ist wirklich arm. Vieles liegt im Argen, muss unbedingt geändert werden. Soziale Spannungen sind sichtbar, die Ghettobildung ist in einigen Bezirken weit fortgeschritten. Zugleich regt die Stadt in ihrer außerordentlichen kulturellen, künstlerischen Vielfalt aber unerhört an und auf, inspiriert Gespräche, verlangt Auseinandersetzungen, die gemeinsame Selbstprüfung. Die

Geschichte Deutschlands ist hier unausweichlich überall näher als sonst wo. Das alte West-Berlin und die Hauptstadt der DDR leben bisher, abgesehen vom Prenzlauer Berg, immer noch weitgehend nebeneinander her, gehören gesellschaftlich und politisch in verschiedene Welten, und dennoch sieht man nirgendwo in Deutschland so viel gemeinsame Neugier und so viel Wandel.

Das wird atmosphärisch eine Menge ausmachen, falls sich die Nation, nach einer Pause von fünfzig Jahren, zu einer wirklichen Hauptstadt aufrafft, also nicht länger mit einer bloßen Geschäftsstelle wie Bonn zufrieden ist. Die Union, die bei weitem wichtigste Partei der alten Bundesrepublik (alle anderen waren im Grunde nur Zutaten), prägte mit Westintegration und Marktwirtschaft den Bonner Staat, dessen Symbol die D-Mark war. Jetzt liegt in der Berliner Republik eine breite Linkunion in der Luft, und die Westverlagerung Deutschlands wird ergänzt durch ein umfassendes, hoffentlich konstruktives Engagement in den Staaten östlich von uns. Sie werden in Berlin ungleich stärker ins Blickfeld rücken als am Rhein. Andererseits hat vor sieben Jahren das waghalsige westeuropäische Experiment des Euro begonnen, das – wenn es gelingt – die Verschmelzung des Kontinents bewirken könnte, in jedem Falle die EU vor eine große Bewährungsprobe stellt. Deutschland steht also vor einer Reihe neuer, ungewohnter Herausforderungen. Vieles spricht dafür, dass wir zwischen Ost und West, auch zwischen Freiheit und Gleichheit, nach außen und im Innern eine neue Balance finden müssen. Die künftige Synthese, so ist zu vermuten, wird dem neuen Namen der kommenden Berliner Republik Inhalt und Sinn geben.

Eine neue Verfassung?

Vielleicht werden wir sogar eine neue Verfassung brauchen. Es war gut, dass wir ein solches Vorhaben 1990 nicht angepackt haben. Denn die Runden Tische damals konnten kaum überzeugen. Aber in Zukunft kann sich die Frage nochmals und anders stellen. Je nach politischem Geschmack wird bei uns Margaret Thatcher oder Tony Blair gepriesen. Jedoch ist in Deutschland vollkommen undenkbar, was erst die eine, dann der andere in den ersten Monaten ihrer Regierung gestaltend zustande gebracht haben. Unser Grundgesetz räumt einer siegreichen Partei keine vergleichbaren Gestaltungsmöglichkeiten ein, macht tatkräftiges Regieren kaum möglich. Das deutsche Regierungssystem von 1949 entstand unter dem Eindruck der Katastrophe, zu der die Diktatur geführt hatte. Vom Nationalsozialismus geschockt, haben die Verfassungsväter eine ausgewogene Machtbalance eronnen, die der Immobilität und dem Stillstand Vorschub leistet, die ohnehin in unserer Konsensgesellschaft nahe liegen. Das wird sich in Krisenzeiten fatal bemerkbar machen. Möglicherweise hat das Grundgesetz, unsere verfassungspatriotische Grundlage, seine beste Zeit hinter sich.

Beispielsweise bedarf der deutsche Föderalismus bestimmt einer Neuordnung. Einiges mag inzwischen dafür sprechen, ihn ganz abzuschaffen. Theoretisch könnte man ihn auf Verwaltungsaufgaben und die regionale Traditionspflege mit Fahnen und Landesvätern reduzieren. Das Grundgesetz jedoch verbietet absolut seine Beseitigung, und wir haben in unserer langen Geschichte gute Erfahrungen mit ihm gemacht. Also muss er neu geordnet werden. Man sollte dem Bund, den Ländern und den Kommunen je eigene Aufgabenbereiche und, natürlich, entsprechende eigene Finanzquellen zuweisen, also die volle Verantwortung auf den ihnen eingeräumten Feldern übertragen. Die Kons-

traktion des Bundesrates, die aus dem Bismarckreich stammt, also unter ganz anderen Voraussetzungen geschaffen wurde, ist antiquiert. Welche Rechtfertigung soll es auf Dauer dafür geben, dass der Bundesrat der Regierung immer wieder in den Arm fällt, ohne selbst Verantwortung im Gesamtstaat zu übernehmen? Es war beschämend, in welchem Maße sich die Länder bei der Wiedervereinigung verweigert haben.

Alle verfassungspolitischen Gedanken sind vorerst freilich für die Katz. Erst nach einer großen Erschütterung, einer revolutionären Bewusstseinsänderung, wird eine grundlegende Umgestaltung der Verfassung denkbar werden. Vielleicht haben wir Glück, und der Druck der Verhältnisse erzwingt eine andere Regierungspraxis. Dann könnten wir beim Grundgesetz bleiben. Goethe, den wir nicht grundlos immer wieder feiern, hatte jedenfalls Recht, als er sagte, das größte Bedürfnis der Menschen sei eine mutige Obrigkeit.

Heimkehr in die deutsche Geschichte

Vielleicht fällt es anderen Völkern leichter, ihre Probleme zu lösen, weil sie sich nicht nur geographisch, sondern auch historisch bei sich mehr zu Hause fühlen. Die Rückkehr nach Berlin könnte die Heimkehr in die deutsche Geschichte bedeuten; bisher ist sie das nicht. Ja, der Gedanke einer solchen historischen Selbstbesinnung erschreckt viele. Aber sie böte offensichtlich doch auch die Chance, unserem Land eine festere Grundlage für sein Selbstgefühl zu verschaffen. Dem Zeitklima entspricht der Rückblick. Es gab noch kürzlich Perioden, während derer sich die Gesellschaft in utopischen Entwürfen der Zukunft wiederfand. Das ist vorbei. Wir sind am Beginn einer Phase, in der die deutsche Geschichte neues Gewicht gewinnen sollte, un-

sere Selbstachtung durch eine historische Rückbesinnung gekräftigt werden könnte. Es wäre unsinnig zu behaupten, Geschichtskennntnis führe zur Verherrlichung der Vergangenheit. Aber auch das Gegenteil ist unrichtig. Die Geschichte lehrt, wie es zu Erfolgen und Niederlagen kam, was Fortschritt und Reaktion ausmachen, was bedeutend wurde, was Schwierigkeiten abgerungen ist. Geschichte gibt Fingerzeige für das eigene Leben, wonach man streben, was man besser bleiben lassen sollte. Die Kenntnis der Geschichte – gerade auch im kleinen, im lokalen Rahmen – vermittelt Einsichten, die bescheiden werden lassen, Menschen von aller Besserwisserei abhalten.

Wer unsere Vergangenheit unter die Lupe nimmt, wird rasch von der verbreiteten Vorstellung Abschied nehmen, wir seien klüger – und erst recht: wir seien tapferer – als unsere Vorfahren. Wer sich neugierig und aufgeschlossen (und nicht im Gefühl der Überlegenheit, das immer unberechtigt ist) verschiedenen Phasen unserer Vergangenheit zuwendet, wird überraschende, positive Entdeckungen machen. Der große Vorteil gegenüber allen spekulativen Visionen, gedanklichen Konstruktionen, die nur Behauptungen sind, nicht erprobt wurden, ist bei der Geschichte die Gewissheit, dass man im vergangenen Leben frühere Wirklichkeiten aufspürt. Man wandert auf Wegen, auf denen sich vor uns andere bewährt oder blamiert haben.

Monolith NS-Vergangenheit

Die unbefangene Neugier, das Leben unserer Vorfahren wieder zu entdecken, ist uns indessen seit Jahrzehnten verleidet. Denn deutsche Geschichte wird weithin nur mit jenen zwölf Jahren gleichgesetzt. Im Mittelpunkt deutscher Selbstverständigungsversuche steht bisher monolithisch die NS-Vergangenheit, die Steilwand der Verbrechen jener

Zeit. Im Abstand zu den Ereignissen sind die dunklen Schatten, die sie wirft, immer länger geworden. Vielleicht wären die Nationalsozialisten längst vergessen, wenn sie nicht diese Untaten zu verantworten hätten. Die Verbrechen sind fast das einzige, was wir jetzt noch mit ihrer Ära verbinden. Alexander Schuller hat vor Jahren die Frage aufgeworfen, woher die verbreitete, aber verquere Anhänglichkeit an den Terror komme. Kann es sein, fragte Schuller, dass Nationalsozialismus wie Kommunismus nicht trotz, sondern wegen der vielen Morde faszinieren, die sie auf dem Gewissen haben? Paradoxerweise, schrieb er, rette die weltweite Erinnerung an den Holocaust das Dritte Reich vor dem Abgrund des Vergessens. Das Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor werde die jüdischen Opfer beklagen, zugleich aber die Wirkungsmacht des Nationalsozialismus feiern. Der Mythos sei stärker als alle Vernunft.

Welcher Mythos? Welchen geheimnisvollen Sog übt der politische Mord auf die Phantasie gerade der Intellektuellen aus? „Wer mordet, beansprucht historische Legitimität“, schrieb Schuller. Durch Tod zum Leben sei ein biblisches Prinzip, aber dialektisch gewendet enthalte es auch den Appell, dass nur derjenige zum Leben komme, der selbst töte, das blutige Schwert der Apokalypse führe. Wer andere töte, partizipiere am Mythos der Unsterblichkeit.

Der Totalitarismus stelle demnach den Versuch dar, meinte Schuller, die Vergänglichkeit, die Nichtigkeit des Menschen manifest zu machen. In diesem Sinne sei das Morden des Totalitarismus ein mythischer Akt. Wer Kommunist sei oder Faschist, den kümmere die Realität nicht. Jedenfalls nicht die empirische. Kommunisten und Faschisten lebten in einer anderen Welt, mitten im Mythos, in einer uns unzugänglichen geschichtlichen Leidenschaft.

Alle Forschung, alles Nachdenken und Debattieren, kluge Bücher, bewegende Filme werden uns nicht von diesen düsteren Vergangenheiten befreien. Sie lasten auf unse-

rem Land. Nichts wird uns von ihnen erlösen. Das müssen wir hinnehmen. Die Deutschen werden immer fragend vor diesen riesigen, schweigenden Bergen stehen, diese Eisblöcke ratlos umkreisen, nicht verstehen, wie es dazu kommen konnte. Sie werden keinen Trost daraus schöpfen können, dass auch unsere damaligen Gegner während des Zweiten Weltkriegs furchtbare Verbrechen an deutschen Frauen, Kindern und Greisen begangen haben. Der Vergleich entlastet nicht. Er nimmt nichts weg von deutschen Untaten. An Auschwitz – an dem, wofür diese Chiffre steht – ist nichts zu retten. Auschwitz wird an uns haften bleiben, so lange es Deutsche gibt. Wolf Jobst Siedler hat gesagt, Hitler habe die Juden physisch, die Deutschen seelisch umgebracht. Darf man das denken, darf man es sagen? Man kann es nur, wenn man trotz der partiellen Wahrheit solcher Sätze an eine Zukunft Deutschlands glaubt und die Hoffnung hat, dass unser Volk dennoch seine innere Balance wiederfindet, seine Zukunft kraftvoll und zuversichtlich in die Hand nehmen wird.

Wenn das Land mit sich selbst ins Reine kommen will, muss es sich mit seiner ganzen Vergangenheit mutig auseinandersetzen. Die untilgbaren Erinnerungen müssen hingenommen werden. Man muss als Deutscher mit der Vorstellung leben, dass überall nahe oder ferne Verwandte jener Generationen zu vermuten sind, die zu Mördern wurden. Aber das heißt nicht, dass alle Deutschen schuldig geworden sind, heißt nicht, dass auch nur die Mehrheit von ihnen aus Mördern bestanden hätte. Ebenso wenig kann man sagen, alle damaligen Deutschen seien für den kriminellen Teil der Landsleute verantwortlich. Nachdrücklich möchte man späteren Generationen die Einsicht ans Herz legen, die der Publizist Sebastian Haffner in seinem Buch „Von Bismarck zu Hitler“ formuliert hat: „In einer Geschichte des Deutschen Reiches“, schrieb er, „dürfen wir die Judenverfolgung und die versuchte Judenausrottung

nicht verschweigen. Sie ist geschehen, und sie ist ein ewiger Schandfleck auf dieser Geschichte. Aber wir können sie andererseits nicht zu den Elementen zählen, die, wie so vieles andere im Führerstaat, in der Geschichte des Deutschen Reiches von vornherein angelegt waren. Auch ohne Hitler hätte es nach 1933 wahrscheinlich eine Art Führerstaat gegeben. Auch ohne Hitler wahrscheinlich einen zweiten Krieg. Einen millionenfachen Judenmord nicht.“ Wenn die Deutschen irgendwann in der Zukunft ihren Frieden mit sich selbst machen, werden sie ihn in solchen Sätzen finden.

Zurück zur ganzen Geschichte

So schrecklich die Erinnerungen an die Untaten unauslöschlich auf uns lasten, so deutlich ist auch, dass sie nicht die ganze deutsche Geschichte ausmachen, die mehr als ein Jahrtausend umfasst. Es ist falsch zu glauben, unsere Geschichte müsse und könne nur im Licht der Vernichtungslager gesehen werden. Wir sollten uns gegenseitig dazu ermuntern, an vielen anderen Orten nach unseren Wurzeln zu suchen, tiefer in unseren Vergangenheiten zu graben. Dabei wird, wer unvoreingenommen ist, viel Positives finden. Welch kulturellen, geistlichen und geistigen Reichtum finden wir seit der Reformation im Raum zwischen Wittenberg und Weimar! Was hat das mitteleuropäische Deutschland allein im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert in Philosophie und Wissenschaft, Musik, Literatur und Bildender Kunst der Welt gegeben! Im einzelnen wird jeder die Akzente anders setzen. Es kann kein einheitliches Geschichtsbild geben. Viele wichtige Erinnerungen sind regional. Es ist sogar immer wieder gefragt worden, ob es überhaupt *eine* deutsche Geschichte gibt oder nicht viel mehr verschiedene, eher unverbundene Geschichten.

Wie viele Dynastien – die Sachsen, Salier, Staufer, Habsburger, Hohenzollern, um nur einige besonders wichtige zu nennen – wie viele, viele Hauptstädte! Vielleicht ist die Wandlungsfähigkeit und Vielgestaltigkeit Deutschlands, die Europa im Kleinen nachbildet, unser wichtigstes Kennzeichen. Nur Gleichgültigkeit uns selbst gegenüber kann dazu führen, diesen Reichtum angesichts von Auschwitz für irrelevant zu halten. Es ist eine bedauerliche Verkümmern, sich als Deutscher nichts aus der Vergangenheit positiv anrechnen zu wollen. Wir sollten uns nicht die Menschenfeindlichkeit und den Vernichtungswillen Hitlers und seiner Bewegung zu eigen machen. Wir dürfen seinen Nihilismus nicht verinnerlichen, nicht auf unsere ganze Geschichte anwenden. Sie kann sich doch insgesamt sehen lassen. Die Deutschen haben über Jahrhunderte hinweg in Europa konstruktiv gewirkt. Im späten 19., frühen 20. Jahrhundert waren wir, zusammen mit einer, allenfalls zwei Zivilisationen eine Leitkultur für die ganze Welt. Wie stark ist seither unser Selbstvertrauen geschrumpft! Heute fragen wir uns sorgenvoll, ob wir das Recht haben, für Deutsche wie vor allem für die Zuwanderer eine verbindliche Leitkultur innerhalb der jetzigen Grenzen zu fordern. Unser Kleinmut ist kläglich.

Goethe hat im Zeichen der Hellas-Begeisterung gefordert: „Jeder sei ein Grieche auf seine Weise, aber er sei's.“ Das gilt auch für uns Deutsche heute. Jeder sollte sich vergegenwärtigen, was ihm aus der deutschen Vergangenheit wichtig ist, und vermitteln und weitertragen, was er an unserem Volk wertvoll findet. Dabei wird immer vieles aus anderen Völkern ins Deutsche einfließen. Es macht unseren Reichtum aus, dass wir immer ein Transitland, ein Ort der Begegnungen und Einflüsse aus allen Himmelsrichtungen gewesen sind, eine leuchtende Farbe im großen europäischen Teppich.

Eine aufgeschlossene Grundeinstellung, die Bejahung

unseres Volkes durch die Deutschen, wird befreiend wirken. Sie wird keinesfalls heißen, obwohl das manche fürchten, wir würden dann den großen, schweigenden Eisberg vergessen. Das wird nicht der Fall sein. Aber sobald sich die Deutschen als das erkennen, anerkennen, was sie über lange Strecken ihrer Geschichte gewesen sind – ein bescheidenes, menschenfreundliches, tüchtiges, auch friedliches Volk –, werden sie Auschwitz leichter ertragen, werden diesen Ort des Schreckens nicht mehr für *das* zentrale Ereignis, nicht für die Essenz unserer Geschichte halten. Um Europa dienlich zu sein, dürfen wie das braune Verhängnis nicht verdrängen. Aber wir müssen doch gleichzeitig eine gute Meinung von uns selber haben, müssen unsere Selbstachtung zurückgewinnen.

Von der Notwendigkeit positiver Emotionen

Dafür bedarf es öffentlicher Emotionen. Die Bundesrepublik war lange Zeit aus guten Gründen stolz darauf, ein ganz und gar rationales Gebilde zu sein. Alle Politik, aller Erfolg wurden nur daran gemessen, wie viel Geld gemacht und bewegt wurde, was wohlfahrtstaatlich den Bürgern angeboten werden konnte. Selbst die unerhörte Begebenheit der Wiedervereinigung wurde nicht als das Glück einer Rückkehr kulturell reicher Gebiete in das gemeinsame Land gesehen, sondern nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, was sie kostete. Diese Reduzierung unserer Lebenseinstellung ist tief bedauerlich. Allenfalls war sie vor fünfzehn Jahren immer noch erklärlich als Reaktion auf den Missbrauch aller Emotionen im Dritten Reich. Heute darf das nicht mehr gelten.

So wie Gefühle für jeden einzelnen unerlässlich sind, wenn er nicht krank werden soll, spielen öffentliche, positive Emotionen für jedes Land eine wesentliche Rolle. Von

ihnen hängt die innere Balance, Festigkeit und Ausstrahlung ab. Wer sich als einzelner nicht bejahen kann, ist für seine Umgebung kein Vergnügen, sondern eine Last. So lange die Deutschen sich mit ihrem negativen Nationalgefühl, ihrem Selbsthass quälen, werden sie für andere unberechenbar sein. Wir werden für uns wie für unsere Nachbarn erfreulicher, wenn wir lernen, ohne Selbstüberhebung gern Deutsche zu sein.

Man hat gesagt, dass eine Nation an ihrer Überzeugung zu erkennen sei, große Dinge in der Vergangenheit getan zu haben, und an der Entschlossenheit, sie auch in Zukunft zu tun. Sind wir eine Nation, wollen wir Großes tun? – ganz groß muss Deutschland ja nicht mehr sein. Es gibt seit langem bei uns ein seltsames Schwanken zwischen einer – jedenfalls rhetorisch – weltweiten Beglückungsbereitschaft und einer kleinmütigen, zerknirschten Selbstverleugnung. Die Deutschen wissen im Grunde nicht, was sie wirklich wollen sollen in dieser Welt. Sie besaßen nie eine eigene zivilisatorische Idee, wussten nie, in welche Formeln sie das kleiden sollten, was ihnen als wertvoll vorschwebte, um es anderen Völkern nahe zu bringen, sie für uns einzunehmen. Die Russen hatten den Panslawismus, die Franzosen ihre Ideen von 1789, die Briten und Amerikaner lange demokratische Traditionen. Bei uns gab es nichts dergleichen, nur Orientierungsschwierigkeiten, Unberechenbarkeiten. Das macht uns haltlos, erschwert auch alle Diskussionen über Einbürgerungen und Staatsangehörigkeiten. Was meinen wir mit Integration? Welche Werte sollen gelten? Was erwarten wir von neuen Mitbürgern? Welche Kenntnisse müssen sie nachweisen, welche Leistungen erbringen?

Wenn unser Deutschland nur eine Versorgungsgemeinschaft und Umverteilungsagentur von Geldern und Chancen ist, wird es keinen Bestand haben, Selbstgefühl und Würde nicht zurückgewinnen. Jeder weiß aus seinem eigenem Leben, dass man nicht allein von materiellen Leistun-

gen leben kann. Seelische Kräfte spielen eine entscheidende Rolle. Was wollen wir aus den letzten fünf Jahrzehnten in das Erbe der Menschheit einfließen lassen? Gibt es Leistungen der DDR, die in das Gedächtnis der Welt eingehen können? Und die Bundesrepublik? Im Wahlkampf von 1972 betonte Willy Brandt den Stolz auf das eigene Land, auf das Modell Deutschland, unter dem man damals wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften, Mitbestimmungsmodelle, weit geöffnete Bildungssysteme verstand. Heute betrachten wir all dies nicht ohne Skepsis. Aber die Bundesrepublik kann bis heute stolz darauf sein, dass sie über ein halbes Jahrhundert hinweg – die längste gute Phase, die wir in der neueren Geschichte gehabt haben – eine weltweit geachtete, lebendige Demokratie, eine kraftvolle Wirtschaft, umfassenden Rechtsschutz und auch ein leistungsfähiges Sozialsystem entwickelt hat. Diese Pfeiler unseres Selbstvertrauens sind noch immer fest in den Köpfen und Herzen der Mitbürger verankert. Aber zugleich müssen wir uns auf soziale Einschränkungen gefasst machen. Damit wird die Beantwortung der Frage dringlich: Was hält Deutschland in Zeiten der Not zusammen?

Was uns fehlt, hat einmal der ungarische Schriftsteller György Konrád angedeutet, damals Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Künste. Bei der Eröffnung einer Ausstellung im *Deutschen Historischen Museum* über die Mythen der europäischen Nationen fragte er: Was hält Gemeinschaften zusammen, was Religionen und Familien, Nationen und Parteien? Es sind gemeinsame Märchen, das, was wir lesen, worin wir unterwiesen werden, was wir auf Schritt und Tritt hören, etwa im Radio, im Fernsehen, wovon in der Familie oder der Kneipe die Rede ist, was wir uns durch Bildung aneignen. Der Mensch hat das Bedürfnis, irgendwohin zu gehören. Die Masse der Bevölkerung muss sich nicht sonderlich den Kopf darüber zerbrechen. Denn sie erbt eine Märchensammlung, die für

das kollektive Ego eher angenehm als unangenehm ist. „Jede Nation (sagte Konrád) braucht eine Abstammungssage, ruhmreiche Anekdoten und Erinnerungen an gemeinsame Leiden. Wenn wir keine Geschichte haben, existieren auch wir selbst nicht.“ Zu den religiösen Festen gesellen sich die nationalen. Die Erzählungen, die an sie anknüpfen, haben emotionale Wirkungskraft. An den Loyalitäten gegenüber dem Mythos lässt sich die Loyalität der Bürger zum Staat ablesen. Offenbar gibt es das Bedürfnis, vom gemeinsamen Selbst gelegentlich ergriffen zu sein. Man braucht erhebende Feste, bei denen man die Alltäglichkeit hinter sich lässt. „Die sonntäglichen Hochgefühle sind wichtig. Nötig sind nicht nur Wein und Fleisch, sondern auch das Pathos.“ Was die Kirche früher war, wurde später das Vaterland. „Die kollektiven Mythen sind unvermeidlich“, schloss Konrád. „Lediglich ihr Äußeres wandelt sich. Dies ist der Stoff, aus dem wir gemacht sind.“

In der erwähnten Ausstellung wurden die Mythen der Völker an Beispielen illustriert. Für die Deutschen des neunzehnten Jahrhunderts waren wichtig die Schlacht im Teutoburger Wald, der Tod Barbarossas, die Reformation als nationalgeschichtliches Ereignis, die Befreiungskriege und die Reichsgründung. Heute sähe die Auswahl sicher anders aus, obwohl man darüber im einen oder anderen Falle streiten kann. Zumindest die beiden letzten Ereignisse könnten noch immer Anknüpfungspunkte gemeinsamer Selbstvergewisserung sein. Jedoch kommen jetzt auch andere Daten in Betracht, zum Beispiel die Revolution von 1848.

Positive Erzählungen: Der 17. Juni ...

Selbst wer nicht weit in die Vergangenheit zurück möchte, findet in der Mitte unseres zwanzigsten Jahrhunderts zwei Ereignisse in Deutschland, die „mythenfähig“ sind, anders

ausgedrückt, Vorbildcharakter haben und Anlass zur Freude, Gelegenheit zu gemeinsamem Stolz bieten.

Der 3. Oktober, unser jetziger Nationalfeiertag, gehört nicht dazu. Er ist nichtssagend, inhaltsleer, nicht überhöhungsfähig. Kaum jemand weiß, weshalb wir gerade diesen Tag feiern. Wer herumfragt, wird selten Richtiges hören. Und selbst wer die zutreffende Antwort kennt, ist als Lehrer in großer Verlegenheit, was er Schulkindern aus diesem Anlass erzählen soll. Die Benennung dieses Tages war ein Missgriff. Kein Wunder, dass jede öffentliche Diskussion vermieden wurde.

Der frühere Nationalfeiertag der Bonner Republik, der 17. Juni, war bis zur Wiedervereinigung problematisch. Denn die Westdeutschen feierten etwas, was die DDR-Deutschen acht Jahre nach Kriegsende getan hatten. Seitdem die beiden Teile des Landes wieder zusammengekommen sind, fällt dieser Einwand weg. Im Gegenteil sprach – und spricht immer weiter – viel dafür, diesen Tag jetzt gesamtdeutsch zu begehen und damit den Heroismus der Ostdeutschen zu feiern. Es wäre nur gerecht gewesen, wenn die Zivilcourage unserer damaligen Landsleute dauerhaft gewürdigt worden wäre. Obendrein hätte man damit den Herbst 1989 in die richtige historische Perspektive gerückt. Denn was 1953 an den sowjetischen Panzern gescheitert war, wurde ohne das Eingreifen der Russen 36 Jahre später zum Erfolg.

Unser Volk quält sich zu Recht mit seinem nationalsozialistischen Erbe. Um so unverständlicher ist es, dass es sich auch schwer tut mit erhebenden Erinnerungen seiner Geschichte, auf die es stolz sein könnte, über die es glücklich sein müsste. Was haben die Franzosen aus dem Sturm auf die Bastille gemacht, einem – historisch genau betrachtet – bescheidenen, risikoarmen Ereignis! Und wir? Unser Land ist nicht so reich an eindrucksvollen Freiheitsbewegungen, das es sich Vergesslichkeit erlauben dürfte und leisten könnte.

Ein wirklich großer Augenblick unserer Geschichte waren nämlich die Tage und Taten des 16./17. Juni 1953. Erstmals im damaligen Ostblock, drei Jahre vor den Ereignissen in Polen und Ungarn 1956, fünfzehn Jahre vor dem tschechoslowakischen Frühling 1968, kam es in jenen Junitagen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu einer machtvollen Erhebung. Innerhalb weniger Stunden wuchs ein sozialpolitischer Demonstrationzug, mit dem Bauarbeiter der Stalin-Allee gegen die administrativ verordnete Lohndrückerei des SED-Regimes aufbegehrten, zu einem wirklichen Volksaufstand in der gesamten DDR an. Der 16./17. Juni war eine Revolte aus dem Volk, spontan, ohne eigentliche Führung, von anrührender Humanität. Denn man hat damals, vielleicht naiv, statt Bahnhöfe, Postämter, Rundfunksender zu besetzen, als erstes unschuldig eingesperrte Landsleute, politische Gefangene, zu befreien versucht. Im Laufe weniger Stunden beteiligten sich in Hunderten von Orten viele Hunderttausende von Menschen. Höhepunkt waren überall Massenkundgebungen, bei denen spontan die Einheit und Freiheit Deutschlands gefordert wurde: Menschenrechte, freie Wahlen, Demokratie.

Seit 1945 hatte die Sowjetunion gewaltsam die Umgestaltung ihrer Zone vorangetrieben, seit Sommer 1952 hatte die rücksichtslos forcierte sozialistische Verformung unerträgliche Ausmaße angenommen. Hunderttausende waren währenddessen in den Westen geflohen. Unter denen, die blieben, wuchs die Empörung, die sich nach Stalins Tod explosionsartig Luft machte. Hätten damals die Russen nicht gewaltsam eingegriffen, wäre das Regime, dessen Führer die Hauptstadt bereits fluchtartig verlassen hatten, schon im Sommer 1953 und nicht erst im Herbst 1989 von dieser elementaren Volksbewegung hinweggefegt worden. Was vor anderthalb Jahrzehnten glücklich gelang, endete 1953 in Erschießungen, in langen Einkerkierungen.

Tausende mussten in Gefängnissen ihren Freiheitswillen büßen.

Der 17. Juni war und ist, seit 1989 erst recht, für immer ein Anlass stillen deutschen Stolzes. Der Mut, die Entschlossenheit der Männer und Frauen unseres Volkes, die für die Ziele dieses Tages viele Jahre der Haft, ja in mehr als hundert Fällen ihr Leben hingegeben haben, müssen im Gedächtnis der Nation bewahrt werden. Denn wofür sie eintraten, bildet heute und in Zukunft die Grundlage unseres gemeinsamen, jetzt glücklich wieder vereinten Staates: Deutschlands Einheit in Freiheit, der Menschlichkeit verpflichtet, eine wirkliche Demokratie.

... Der 20. Juli

Das andere der beiden großen erinnerungswürdigen Ereignisse unserer jüngsten Geschichte ist der 20. Juli 1944. An diesem Tag explodierte, wenige Meter von Hitler entfernt, bei der Lagebesprechung im ostpreußischen Führerhauptquartier nahe Rastenburg, eine Bombe, die dort unter dem Kartentisch von dem jungen, schwer kriegsverletzten Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Vater von vier kleinen Kindern, deponiert worden war. Als Generalstabsoffizier gehörte er zu den ganz wenigen, die Zugang zum Führer hatten. Hitler blieb unverletzt. Noch am Abend des gleichen Tages wurde Stauffenberg im Hof des Berliner Bendlerblocks zusammen mit drei Mitverschwörern erschossen. Aber mit dieser Tat, die das noch immer weithin gottähnlich verehrte Staatsoberhaupt zu beseitigen versuchte, hat Stauffenberg die Ehre Deutschlands gerettet.

Bei der Opposition gegen Hitler handelte es sich um eine Ansammlung höchst ungleichartiger, nach Herkunft, Denkungsart und politischer Richtung in vieler Hinsicht voneinander verschiedener Einzelner. Im Grunde wusste jeder,

dass der Staatsstreich ohne ernsthafte Erfolgchance war. Selbst ein gelungenes Attentat hätte das Land nicht aus dem Würgegriff der Machthaber befreit. Der Kampf um Hitlers Erbe im Inneren hätte dann erst begonnen, sein Ausgang wäre überaus ungewiss gewesen. Es gab außerdem keinerlei Aussicht, an der bedingungslosen Kapitulation vorbeizukommen, auf die sich die Kriegsalliierten verständigt hatten. Insofern ist immer wieder argumentiert worden, es sei gut gewesen, dass der Anschlag auf Hitlers Leben in der ostpreußischen „Wolfschanze“ scheiterte. Denn er hätte zum Zusammenbruch der Fronten zumal im Osten, hätte zum Bürgerkrieg führen können, hätte vor allem mit einer neuen Dolchstoßlegende den Beginn der späteren Bundesrepublik schwer belastet. Auf der anderen Seite steht solchen Erwägungen gegenüber, dass eine immerhin denkbare, frühere Beendigung des Krieges nach dem Tod Hitlers Millionen Menschen das Leben gerettet, anderen unsägliches Leid erspart, auch die Zerstörung vieler unserer historischen, wunderschönen Städte verhindert hätte.

Aber bei der Würdigung dieses Tages kommt es auf solche Erwägungen nicht an. Die Attentäter handelten, obwohl sie wussten, dass ihr Unternehmen fast aussichtslos war. Der 20. Juli war vor allem eine symbolische Tat. Darin lag sein Sinn, seine Rechtfertigung. Gerade die Aussichtslosigkeit des Unternehmens hat ihm seine moralische Größe gegeben. Ohne Rückhalt im eigenen Volk und ohne Ermutigung des Auslands haben die Verschwörer im Grunde aus Selbstachtung gehandelt, aus Verantwortungsgefühl unserem Volk gegenüber. Deutsche Soldaten wollten unter Einsatz ihres Lebens ein Beispiel geben. Der 20. Juli war eine heroische Tat, die Tausende unserer besten Köpfe mit dem Leben bezahlt haben.

Schon diese beiden Daten unserer jüngsten Vergangenheit zeigen, dass auch unser Volk Anlass hat, stolz zu sein. Im einem Fall waren es Angehörige der Elite aller politi-

schen Richtungen, die sich gegen die Tyrannei erhoben haben, im anderen war es eine spontane Massenbewegung. In beiden Fällen ging es um die Würde des Menschen, um Gerechtigkeit, um Verantwortung für das Gemeinwesen. Man muss also gar nicht weit zurückgehen, dann findet man auch in Deutschland bewundernswerte Beispiele des Freiheitswillens und des Mutes.

Traditionen verstehen sich nicht von selbst. Sie können nicht beliebig geschaffen werden. Andererseits hat uns der Historiker Eric Hobsbawm belehrt, wie viele ehrwürdige Traditionen, die wir für althergebracht halten, relativ jung sind, etwa in England erst im neunzehnten Jahrhundert erfunden worden sind. Auch die eindrucksvolle Kontinuität der französischen Nationalgeschichte von Karl dem Großen oder Ludwig dem Heiligen über Heinrich IV., Ludwig XIV., Napoleon und Charles de Gaulle bis hin zu Jacques Chirac ist nicht naturwüchsig, sondern eine bewusste Konstruktion. Sie postuliert eine Folgerichtigkeit, die die Zeitläufe nicht unbedingt besaßen.

Das Beispiel Frankreichs

Trotz der Probleme, die wir mit der deutschen Geschichte haben, die jedoch ab und an auch wehleidig übertrieben werden, sollten wir uns an den Franzosen in dieser Hinsicht ein Beispiel nehmen. Ohne die Brüche zu verschweigen, die auch andere Länder immer wieder erlebt haben, könnten wir einen sinnvollen, folgerichtigen Zusammenhang finden und begreifen. Man muss die Vielgestaltigkeit, Vieldeutigkeit und Offenheit unserer Geschichte annehmen. Sie ist nicht nur beunruhigend, nicht nur Anlass zur Sorge. Man kann aus ihr auch Mut schöpfen. Auch unsere Vergangenheit hat viele große Momente. Wir haben durchaus Grund zu Selbstvertrauen, Würde und bescheidenem

Stolz. Was uns im letzten halben Jahrhundert gelungen ist, war nach dem Vorangegangenen nicht selbstverständlich. Es ist, alles in allem, eine großartige Leistung.

Von Präsidenten der französischen Republik bis zu einfachen Bürgermeistern auf dem Lande weiß man, dass sie in feierlichen Augenblicken, etwa am Nationalfeiertag, die Republik und Frankreich hochleben lassen: „Vive la République, vive la France!“ Diese freudige Bejahung der Staatsform, die wir uns gegeben haben, und Deutschlands, in dem wir leben, das wir mehr lieben sollten, könnten wir mit fröhlicher Selbstverständlichkeit auch bei uns einführen, zur guten Gewohnheit werden lassen. Die lange, lange Geschichte Deutschlands und das in fünfzig Jahren Bundesrepublik glücklich Erreichte rechtfertigen es, dass auch wir feierlich ausrufen: „Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!“